



Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation

3. Sitzung (öffentlich)

24. Oktober 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:50 Uhr

Vorsitz: Daniela Jansen (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Politische Schwerpunkte der Frauen- und Gleichstellungspolitik in der 16. Wahlperiode** **3**

Ausschussprotokoll 16/43

Im Ausschuss ergeben sich keine Wortmeldungen.

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)** **4**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/300

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter

Vorlage 16/146 (Erläuterungsband)

Vorlage 16/210 (Erläuterungshilfe zur Beilage 2)

Vorlage 16/211 (MGEPA – Haushalt 2012)

Vorlage 16/266 (Übersicht über die geplanten Leistungen mit Queer-
Bezug)

Ausschussprotokoll 16/43

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 15 im
Zuständigkeitsbereich des Ausschusses mit den Stimmen
von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP
bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.

3 Lagebild Menschenhandel Nordrhein-Westfalen 2011 6

Vorlage 16/137

– Bericht von KD Jürgen Kayser (MIK)

– Diskussion

4 Landesprogramm für geschlechtergerechte Hochschulen 13

Vorlage 16/249

– Bericht von Ministerin Svenja Schulze (MIWF)

– Diskussion

5 Verschiedenes 21

Der Ausschuss beschließt den Terminplan 2013.

* * *

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/300

Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Vorlage 16/146 (Erläuterungsband)
Vorlage 16/210 (Erläuterungshilfe zur Beilage 2)
Vorlage 16/211 (MGEPA – Haushalt 2012)
Vorlage 16/266 (Übersicht über die geplanten Leistungen mit Queer-Bezug)
Ausschussprotokoll 16/43

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzende Daniela Jansen macht darauf aufmerksam, für diese Sitzung sei die Aussprache über den Einführungsbericht der Ministerin aus der letzten Sitzung vorgesehen. Gegebenenfalls könnten Änderungsanträge eingebracht werden. Abschließend erfolge die Abstimmung über den Einzelplan im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses.

Zur **Titelgruppe 62 – Berufliche Gleichstellung, Potenzialentwicklung** – fragt **Ina Scharrenbach (CDU)** nach dem Hintergrund der Veränderung der Verpflichtungsermächtigungen von 2011 auf 2012.

MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGEPA) gibt Auskunft, mit dem Haushalt 2011 seien erstmalig Mittel für die Bewilligungen der neu einzurichtenden Kompetenzzentren Frau und Beruf veranschlagt worden. Diese Bewilligungen erstreckten sich über mehrere Jahre. Deshalb seien Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt 2011 in entsprechender Größenordnung ausgewiesen worden. In 2012 sei das dann nicht mehr erforderlich gewesen. Die Verpflichtungsermächtigungen, die in 2011 nicht benötigt worden seien, hätten im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung des Jahres 2012, also bis einschließlich heute, auch noch in Anspruch genommen werden können. Deshalb bedürfe es in 2012 geringerer Verpflichtungsermächtigungen.

Zur **Titelgruppe 75 – Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTTI)** – äußert **Gerda Kieninger (SPD)**, die Queer-Liste zeige deutlich, dass diese Aufgabe in allen Ressorts der Landesregierung angekommen sei. Das sei ein wichtiges Signal. Dieser Politikbereich werde von der rot-grünen Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen sehr ernst genommen.

Bernhard Tenhumberg (CDU) erkundigt sich, ob es zum 30. September bereits Haushaltsüberschreitungen gegeben habe, und bittet darum, diese gegebenenfalls titelgruppenscharf mitzuteilen.

MR Karl-Heinz Kolenbrander (MGEPA) legt dar, in Kapitel 15 035 und im Einzelplan 15 insgesamt gebe es keine Überschreitungen.

Der **Ausschuss** nimmt den Einzelplan 15 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Piraten an.